

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Mittwoch, 16. Jänner 1918, Nr. 17

**Städtische Kohlenlagerplätze.** Da auf den städtischen Kohlenlagerplätzen zum Teil russische Kriegsgefangene und Soldaten griechisch-orientalische Konfession beschäftigt sind, bleiben die städtischen Kohlenlagerplätze am Samstag, 19. d.M. wegen des griechisch-orientalischen Feiertags für den Verkauf geschlossen. Dagegen findet Sonntag, 20. d.M. zwischen 8 und 12 Uhr der Verkauf statt und können jene Parteien, deren Belegtag Samstag ist, entweder Freitag, 18. oder Sonntag, 20. d.M. die Kohle beziehen.

**Lebensmittelkarten - Ausgabe.** Am Samstag, 19. d.M. gelangen die Mehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 146. bis 161. Woche, die Brot- und Mehlkarten für die 146. bis 153. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 71. bis 78. Woche, die Milchkarten für die 49. bis 56. Woche und die Kartoffelkarten für die Zeit bis zum 20. April d.J. zur Ausgabe. Infolge der herrschenden Papierknappheit und der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Papiers war es nicht möglich, sämtliche Mehlbezugskarten für die städtischen Mehlabgabestellen wie bisher auf gelbem Papier herzustellen; es musste rosa Papier verwendet werden und werden daher in den Bezirken 1 bis einschliesslich 6 rosa Mehlbezugskarten und in den anderen Bezirken gelbe Mehlbezugskarten für den Mehlbezug bei den städtischen Mehlabgabestellen zur Ausgabe gelangen. Die Mehlbezugskarten für Konsumentenorganisationen werden wie bisher durchwegs in blauer Farbe ausgegeben werden.

**Ortschulrat Leopoldstadt.** In der letzten Sitzung des Ortschulrates Leopoldstadt wurde Bezirksvorsteher Dr. Blasel zum Obmanne dieser Korporation gewählt.

**NB.** Der Korrespondenz liegt ein Bericht des Wohnungsamtes über die Wohnungsfrage nach dem Kriege bei, worüber die Rathaus-Korr. am Montag ausführlich berichtet hat.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 16. Jänner 1918.

Die Galerie ist dicht gefüllt.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung:

Der Wiener Gemeinderat hat einen schweren Verlust erlitten: GR Ignaz Gebhart ist am 8. Jänner nach langem schmerzvollen Leiden entschlungen worden. Der Verblichene hat über 20 Jahre öffentliche Funktionen in der Wiener Gemeindeverwaltung bekleidet, am 13. Mai 1897 entsandete ihn der 2. Wahlkörper des 15. Bezirkes in die Bezirksvertretung, am 31. Mai 1900 der 4. Wahlkörper des 15. Bezirkes in den Gemeinderat; dieses Mandat hatte er bis zu seinem Tode inne und versah es mit allen Fleiß und aller Gewissenhaftigkeit. Im Juni des verflochten Jahres wählte ihn der Gemeinderat in den Stadtrat und gab ihm dadurch Gelegenheit, die Interessen seines Bezirkes, dessen Wohl ihm sehr am Herzen gelegen war, nach seinen besten Kräften zu vertreten. Ausserdem wirkte StR. Gebhart verdienstlich als Armenrat und Mitglied des Ortschulrates für den 15. Bezirk, so dass ihm kein Betätigungsgebiet der autonomen Gemeinde fremd geblieben ist. Mit ihm ist ein einfacher schlichter Bürger der Stadt Wien dahingegangen, ein Mann, ausgestattet mit den

Mitbürgern zu dienen. Wir werden unserem verblichnen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Kriegsminister richtete an den Bürgermeister nachstehendes Schreiben: Sehr erfreut über die freundliche Mitteilung dass die Gemeinde den im Felde stehenden aus Wien sich rekrutierenden Angehörigen des 2. Korps Weihnachtsgeschenke gewidmet hat, bitte ich Euer Exzellenz der Gemeinde Wien für diesen schönen und hochherzigen Akt den warmsten Dank des Kriegsministeriums gütigst vermitteln zu wollen. In Beantwortung einer vom GR. Partik über die Vereinigung von Wiener Steueradministratzen eingebrachte Anfrage teilt der Finanzminister mit: Die fortgesetzten militärischen Einberufungen und der Zuwachs an Arbeitsaufgaben haben der Aufrechthaltung des ungestörten Dienstes bei den Wiener Steueradministratzen immer grössere Schwierigkeiten bereitet und zwar sowohl bei der Bewältigung der Manipulationsarbeiten als auch bei der Besetzung der Posten der Referenten und leitenden Beamten. Um diesen Schwierigkeiten wenigstens zum Teile zu begegnen, sah sich die Finanzverwaltung genötigt, einige Wiener Steueradministratzen zu verlegen, um so durch die Vereinigung der einzelnen Referate und Fachabteilungen eine ökonomischere Arbeitsverteilung und ausgiebigere Ausnützung der verfügbaren Funktionäre zu erzielen. Sollte sich die weitere Notwendigkeit ergeben, auch bei anderen Steueradministratzen Ähnlich Massnahmen zu treffen, so braucht hier nicht besonders versichert zu werden, dass die Finanzverwaltung bei derartigen Verfügungen auf die Interessen der beteiligten Bevölkerung die weitgehendste Rücksicht zu nehmen nicht ermangeln wird.

In Beantwortung einer vom GR. Rottler über die Durchführung des Nachtarbeitsverbotes im Bäckergewerbe gestellte Anfrage teilt der Handelsminister mit, dass das Handelsministerium mehrfache, sowohl von der Seite der Vertreter der kleingewerblichen Bäckerei, als auch von Seite der Arbeiterschaft im Laufe der letzten Zeit erhobene Beschwerden zum Anlass genommen hat, beim k.k. Amte für Volksernährung die Veranstaltung unter Zuziehung der Interessenten (Fabriken, handwerkähnliche Betriebe und Arbeitnehmer-Organisationen) anzuregen, welche am 24. Oktober v.J. stattfand und bei welcher die Frage der Aufrechthaltung der den Grossbetrieben erteilten Bewilligungen zur Nacharbeit eingehend erörtert wurde. Das Ergebnis der Enquête sowie der im Anschluss daran abgehaltenen Beratungen eines Subkomitees gleicher Zusammensetzung, wie oben erwähnt, war, dass die seinerzeit „bis auf weiteres“ zugestandene Dispense vom Nachtarbeitsverbote für sämtliche in Betracht kommenden Brotfabriken der Monarchie durch Verfügung des Amtes für Volksernährung nunmehr bis zu einem bestimmten Termin nämlich bis zum 1. Februar 1918 eingeschränkt wurden. Hierbei wurden die Fabriken zugleich angewiesen, bis zu diesem Zeitpunkte jene baulichen Adaptierungen durchzuführen, welche erforderlich sind, um den Uebergang zur blossen Tagesarbeit in technischer Hinsicht zu ermöglichen. Anfangs Jänner l.J. wird sodann im Amte für Volksernährung eine neuerliche Besprechung über den Stand der Angelegenheit abgehalten werden, wobei sich zeigen wird, ob angesichts der dann herrschenden Verhältnisse (insbesondere beim Getreidezuschub und bei der Kohlenversorgung) an die unausweichliche Durchführung des Nachtarbeitsverbotes an der das Handelsministerium vom sozialpolitischen Standpunkte aus das lebhafteste Interesse nimmt, gedacht werden kann.

Der unter dem Decknamen Wilhelm bereits seit Jahren bekannte Wohltäter hat auch heuer wieder 10.000 Kronen für die Schulen des 10. Bezirkes gespendet. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach hierfür seinen besonderen Dank aus.

Gespendet haben für Arme: Kaiserl. Rat Ernst Pollack namens der Kinder des Baron Adolf Neumann 5000 Kronen, die Grafen Johann und Albert Nemess und Baronin Karl Huszar 5000 Kronen, die Erben nach Eduard Ellissen 5000 Kronen, Ein Ungenannter 5000 Kronen, Johann Presl 500 Kronen, Viktor Mautner 500 Kronen, Gräfin Cornelia Schenk zu Castell 500 Kronen, Georg Meichl 400 Kronen für die Armen des 11. Bezirkes, Michael Skirka 300 Kronen zuhanden des Bezirksvorstehers Spitaler für Arme des 3. Bezirkes, Dr. Dietrich Moldauer 200 Kronen, unter der Chäre H.N. 200 Kronen, Viktor Herz für die Mannschaft der städtischen Feuerwehr 200 Kronen, Bezirksrat Friedrich Büchale 200 Kronen, der Verein der Sparsamen 110 Kronen, Viktor Zaoral, Josef Kleinpeter je 100 Kronen für die Armen des 18. Bezirkes, Mela Blum 100 Kronen, Kaiserl. Rat Heinrich Haas 100 Kronen; der am 8. Dezember vorstorbene Kaiserl. Rat Philipp Fleischl testamentarisch 1000 Kronen, die am 17. Februar 1916 verstorbene Helene Hartberger testamentarisch für die Armen des 4. Bezirkes 100 Kronen; der Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien hat einen Teil der Sammlung „Leinzer“ nämlich 110 Stückuhren um 15.285 Kronen angekauft und dem Uhrenmuseum der Stadt Wien gespendet.

Schriftführer GR. Philp verliest den Einlauf.

GR. Ignaz Fischer fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass für jede Menge Reis auch für 1/8 kg 1 Krone auch von den Mindestbeständen angeblich für Kriegsursorgezwecke eingekauft wird.

**BGM. Dr. Weiskirchner:** Mir ist bekannt, dass im Einvernehmen mit dem Armeoberkommando die Bestimmung getroffen wurde, dass der von der Militärverwaltung der Gemeinde zur Verfügung gestellte Reis an schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder unter 6 Jahren abgegeben werden darf und zwar unentgeltlich, wenn sie im Besitze von grünen Einkaufsscheinen sind, dagegen an die Besitzer der blauen, braunen und weissen Einkaufsscheine gegen Erlag eines Betrages von mindestens 1 Krone.

Ich habe dem aus dem einfachen Grunde zugestimmt, weil Kinder Kinder bleiben, ob sie nun von armen oder von wohlhabenden Eltern stammen. Dass jeder eine Krone zahlen muss, das ist nicht wahr, erkundigen Sie sich gefl. früher Herr Gemeinderat, bevor Sie hier solche unrichtige Angaben vorbringen.

GR. Schäfer fragt, ob der Bürgermeister bei den nachgeordneten Behörden wegen Aufhebung des fleischlosen Freitags vorgehen wolle. Es wäre im Interesse aller, die Inneren, sämtliches Wurstzeug, sowie Geflügel als Ersatz für das fehlende Mehl freizugeben.

**BGM. Dr. Weiskirchner:** Der Interpellant irrt, wenn er meint, dass an Würsten aller Art kein Mangel herrscht, da in jüngster Zeit hauptsächlich infolge der bekannten Transportschwierigkeiten leider auch der Auftrieb von Wurstvieh auf dem Wiener Zentralviehmarkte sehr zu wünschen übrig lässt. Immerhin ist aber die Versorgung mit Fleisch und Würsten noch günstiger als die mit Mehl und Gemüse, so dass der Vorschlag des Herrn Gemeinderates Schäfer insbesondere wegen der Herabsetzung der Mehrlation alle Beachtung verdient, wenn es mir auch nicht notwendig erscheint, dass von den beiden fleischlosen Tagen der Woche gerade der Freitag als solcher aufgelassen werden soll. Das Eingehen auf diesen Vorschlag bedingt aber eine Abänderung der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1916, R.G.Bl.Nr. 218, zu der nur das Volksernährungsamt im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien zuständig ist; ich werde daher diese Interpellation dem Volksernährungsamte zur weiteren Veranlassung vorlegen.



2  
GR. Partik stellt folgende Anfrage: Die durchgeführte freie Kunden-Rayonierung für Zucker und Kaffee hat ergeben, dass sich im freien Handel rund 1.400.000 Personen und bei den Konsumenten-Organisationen ca. 650.000 Personen in die Kundenlisten eintragen ließen. Die Belieferung mit Kriegskaffee und Zucker ist durch die Mithilfe des Magistrates durchgeführt worden. Aus den vorangeführten Zahlen ergibt sich, dass noch 2/3 der Bevölkerung ihren Bedarf im freien Handel deckt und nur 650.000 Personen durch Konsumenten-Organisationen versorgt werden. Auf diesem Umstand wird bei der Zuweisung anderer Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht gebührend Rücksicht genommen, da die Zuweisungen nie der richtigen Zahl entsprechen und der nichtorganisierte Teil der Bevölkerung häufig gänzlich übergangen wird. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dieses Ergebnis den Zentralstellen bekannt zu geben und seinen Einfluss bei den massgebenden Stellen geltend zu machen, dass bei den Zuweisungen auf jenen Teil der Bevölkerung, der keiner Organisation angehört und seinen Bedarf im freien Handel deckt, künftig gebührend Rücksicht genommen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Sofern die Gemeinde Wien rationierte und nicht rationierte Lebensmittel abgibt, wird jederzeit auf die schlüsselmässige Aufteilung an den freien Handel beziehungsweise die Verbraucherorganisationen Bedacht genommen. Ich werde nicht er mangeln, das Ergebnis der Zucker und Kaffee-Rayonierung den städtischen Lebensmittelzentralen bekanntzugeben, damit dieser Aufteilungsschlüssel auch bei denjenigen Lebensmitteln, welche die Zentralen direkt - als ohne Vermittlung der Gemeinde - abgeben, berücksichtigt werden.

Ich kann nur meiner besonderen Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass die Verteilung durch den Konzern sich so gut bewährt hat.

GR. Emmerling weist in einem Antrage darauf hin, dass ein Rest von mindestens 100 Bänken neben dem Materiallager an der Franz Josefsbahn nächst der alten Ferdinands-Wasserleitung seit mehreren Jahren im Freien liegen und langsam zugrunde gehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß diese Bänke nicht mehr zu verwenden sind, sondern nur Brennholzwert haben. Alle Magazine des Wirtschaftsamt sind mit wertvolleren Material angefüllt.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Nach Blättermeldungen beabsichtigt die Gemeinde Wien der Anregung der Zentralstelle für Wohnungsreform und dem gleichgerichteten Verlangen von sozialdemokratischer Seite tragend, nunmehr zum Bau von Kriegswohnungen zu schreiten. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, dem Gemeinderate ausführlich über den geplanten Bau von Kriegswohnungen zu berichten? Kann der Bürgermeister die Zusicherung geben, dass der Bau dieser Kriegswohnungen unbedingt in den nächsten 3 Monaten beginne und im Laufe dieses Jahres soweit gediehen sein wird, dass zumindest einige Tausend Kriegswohnungen bis zum Jahreschlusse beziehbar sein werden? Ist der Bürgermeister in der Lage über die voraussichtlichen Mietpreise der Kriegswohnungen ehestens Aufschluss zu geben?

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Selbstverständlich wird sowohl über den geplanten Bau von Kriegswohnungen als über den ganzen Komplex der Massnahmen für die Wohnungsfrage nach Abschluss der Vorarbeiten dem gemeinderätlichen Wohnungsfürsorgeausschuss und dem Gemeinderate eingehend berichtet werden.

Mit dem Bau von Kriegswohnungen wird die Gemeinde sofort beginnen, wenn dies die Verhältnisse zulassen. Es dürfte dem Herrn Interpellanten bekannt sein, wie es gegenwärtig mit Baumaterialien, Bauarbeitern und Baufahrwerken bestellt ist.

Es wird vom Kriegsministerium beider sachlichen Demobilisierung abhängen, ob den öffentlichen Korporationen aus dem viele Millionen betragenden Vorräten Materialien zur Verfügung gestellt werden, damit sie

derart zur Verteilung kommen, daß auch das kleine und mittlere Gewerbe und nicht blos Zentralen damit beteiligt werden.

Es ist unrichtig, daß die Gemeinde Wien der Anregung der Zentralstelle für Wohnungsreform und dem Verlangen von sozialdemokratischer Seite Rechnung tragend, zum Bau von Kriegswohnungen schreite. Ich habe vielmehr auf Grund der Mitteilungen des städtischen Wohnungsamtes sofort die Einleitung für eine weitgehende technische und finanzielle Aktion angeordnet und nur diesen rechtzeitig ergriffenen Massnahmen istes zu danken, wenn schon heute spruchreife Vorschläge dem Wohnungsfürsorgeausschuss vorliegen. Die Gemeindeverwaltung ist seit einer Reihe von Jahren zielbewusst bemüht, in der Frage der Wohnungsfürsorge tatkräftig einzugreifen, sie wird dieser ihrer sozialen Pflicht auch weiterhin nachkommen. (lebhafter Beifall).

GR. Emmerling urgiert in einer Anfrage die Beratung und Beschlussfassung der neuen Bauordnung.

BGM. Dr. Weiskirchner: Bekanntlich ist der Entwurf der neuen Bauordnung seinerzeit der Regierung mitgeteilt worden, damit sie in der Lage sei, rechtzeitig zu ihm Stellung zu nehmen. Die Regierung hat über den Entwurf auf Grund einer Beratung der in Betracht kommenden Ministerien ein ausführliches Gutachten ausgearbeitet, in welche abgesehen von zahlreichen minder Punkten grundsätzliche Bedenken gegen einige wesentliche Aenderungen des Entwurfes erhoben wurden. Zur Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten sind mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet worden, die bisher noch nicht abgeschlossen sind. Ich werde demnächst der vom Gemeinderate eingesetzten Kommission Gelegenheit geben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

GR. Honensinner stellt folgende Anfrage: Da nach Kriegsende zahlreiche neue Haushaltungen gegründet werden dürften, die Wohnungseinrichtungen aber unerschwingliche Preise erreicht haben, so sorgen einzelne Städte im Deutschen Reich schon jetzt dafür, dass an jung verheiratete Ehepaare billige Möbel geliefert werden können; sie bewilligen zur Durchführung dieser sozialen Massnahme bedeutende Betriebskapitalien und schliessen Lieferungsverträge auf Herstellung neuer Möbel ab. Der Preis für eine solche Wohnungseinrichtung soll 700 bis 800 Mark betragen. Geliefert sollen nur Möbel für Zimmer und Küche werden. Es wird gefragt: Welche Stellung nimmt der Bürgermeister zu der sozialen Massnahme, billige Wohnungseinrichtungen für jung verheiratete Ehepaare durch die Gemeinde zu beschaffen, ein? Ist er geneigt, vom Magistrate ein Gutachten über die Durchführbarkeit dieser Massnahme abzuverlangen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe schon auf Grund der ersten Zeitungserartikel das Wohnungsamt beauftragt, die Frage zu studieren und über die Sache zu berichten. Der Vorstand des Wohnungsamtes hat bereits vom Magistrate Köln dankenswerte Mitteilungen über die Einzelheiten erhalten und gewärtigt weitere solche aus einigen anderen deutschen Städten. Die Unternehmung bezieht sich nicht nur auf die Beschaffung neuer Möbel, sondern auch auf die Vermittlung beim Verkehr mit alten Möbeln. Das Wohnungsamt ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Möglichkeit der Durchführung insbesondere im Anschluss an den Wohnungsnachweis zu prüfen und es wird in dieser Angelegenheit in Bälde an den Wohnungsfürsorgeausschuss und an den Gemeinderat berichtet werden.

GR. Kunschak und Genossen stellen folgende Anfrage:

Der bekannte Germanist Professor J. Wieser hat ein Lehrbuch „Deutsche Sprachlehre für Mittelschulen und verwandte Lehranstalten“ herausgegeben. Zwecks Einführung dieses Buches an den

deutschen Mittelschulen in Böhmen wurde von der Statthalterei in Böhmen ein Gutachten eingeholt. Dieses Gutachten findet, dass vom allgemein politischen und vom staatspolizeilichen Standpunkte zu Beanständigungen kein Anlass gegeben sei, doch wäre das Betreffende: „Wien, eine der schönsten deutschen Städte“ durch „Wien, eine der schönsten österreichischen Städte“ zu ersetzen.

Nach der Eigenart der Stellung der Statthalterei in Böhmen und nach dem Geitze der Erledigung handelt es sich der Statthalterei in Böhmen offenbar darum, die Bezeichnung als deutsche Stadt zu behoben. Gegen ein solches Unterfangen muss vom Gemeinderate der Stadt Wien lebhafteste Verwahrung eingelegt werden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, bei der Regierung gegen das Ansinnen der Statthalterei in Böhmen schärfsten Protest einzulegen und die Forderung zu erheben, dass diesem Ansinnen jedwede Berücksichtigung verweigert werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin dem Kollegen Kunschak ausserordentlich dankbar, dass er auf diesem Wege auf eine so unglaubliche Entscheidung der böhmischen Statthalterei aufmerksam gemacht hat. Gewiss ist das Wien in erster Linie als österreichische Stadt sich fühlt, wir waren aber immer stolz darauf, dass wir eine deutsche Stadt und eine der ältesten deutschen Kulturstätten sind. Wir müssen dagegen protestieren, dass verhindert wird, in einem Lehrbuche für Mittelschulen Wien als deutsche Stadt zu bezeichnen. Allerdings bleibt Wien eine deutsche Stadt trotz dieser Entscheidung der böhmischen Statthalterei und alle Kollegen werden dafür sorgen, dass unsere Stadt ihres nationalen Charakters nicht entkleidet wird. (Beifall).-

Die GGR. Solterer, Spalowsky und Ullreich stellen einen Antrag, auf eine Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe für die städtischen Gartenarbeiter.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.



Wir haben darauf vergessen, dass eine Katastrophe, welche die Kraft der Bevölkerung zusammenbrechen lässt, auch den Zusammenbruch unserer militärischen Rüstungen unbedingt zur Folge haben muss, und trotzdem hat man geglaubt, es sei alles getan, wenn man das ganze Augenmerk auf die militärischen Rüstungen wendet. Mit dem Willen allein kann man den Zusammenbruch nicht verhindern. Wenn auch dieser gute Wille Anerkennung findet, bei solchen Schwächlingen, die sich am Sitze des Ernährungsamtes befinden. Zwei Schwächlinge machen noch immer keinen energischen Mann und das drückt sich in jenen Verhältnissen, die sich so furchtbar gestaltet haben in plastischer Weise aus. Wir müssen tief bedauern, dass es zu solchen Erscheinungen wie gestern und heute gekommen ist, zu Erscheinungen, von denen wir sagen müssen, dass sie eine natürliche Folge der Verhältnisse sind, die sich aber nicht so schlimm gestalten hätten müssen, als sie sich wirklich gestaltet haben.

Die Bevölkerung wusste schon lange, dass wir nicht unseren eigenen Bedarf decken können. Mit bewundernswerter Geduld hat sie die schweren Opfer des Krieges auf sich genommen, die noch dadurch verschärft wurden, dass die liebsten Angehörigen im Schützengraben lagen oder von der feindlichen Kugel hinweggerafft wurden. Aber alles muss ein Ende haben, man kann die Kräfte des Volkes nicht überbeanspruchen. Ferner darf nicht es zusammen und wir verlieren trotz der militärischen Erfolge den Krieg. Die günstigeren Verhältnisse der Selbstversorger werden vor Folge als Ungerechtigkeit empfunden. Es war verfehlt, zuerst die rumänischen Zuschüsse aufzuheben, denn während dieser Zeit blühte im Hinterlande der Schleichhandel mit dem heimischen Getreide. Es ist zu bedauern, dass auch bürgerliche Kreise die Bevölkerung getäuscht und erklärt haben, unsere Ernährung sei vollkommen sichergestellt. Wir sind keine Freunde der Regierung, wir bedauern aber, dass die Bevölkerung in eine solche Situation gebracht wurde. Wir alle stehen unter dem verhängnisvollen Eindruck der gänzlichen Hilflosigkeit und Rathlosigkeit unserer gegenwärtigen Regierung. Eine furchtbare Verantwortlichkeit lastet auf ihr, wir können ruhig sagen, wir sind nicht die Verantwortlichen sondern jene, welche in ihrer namenlosen Schwäche das Unglück auf die Bevölkerung heraufbeschworen haben. Die Regierung scheint noch immer an Wunder zu glauben, die Kürzung der Mehlquote ist ein politisches Ereignis von grosser Fahrweite, sie kann eine Katastrophe herbeiführen, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Vor dem Eintritte dieser Katastrophe hat die Wiener Gemeindevvertretung wiederholt in eindringlichster Weise gewarnt.

Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk zeigen, dass unsere diplomatische und militärische Vertretung die Situation in der wir uns befinden noch immer nicht erfasst. Es gibt nur ein einziges Mittel dieser Lage zu entrinnen, den Frieden, denn wir sind reif zum Frieden geworden. Wir glauben ja nicht, dass ein Friede sofort die Verhältnisse ändern wird, aber er ist eine Aufrichtung der Bevölkerung aus ihren Mühsalen, ein Hoffnungsstrahl, dass in absehbarer Zeit wieder andere Zustände eintreten könnten. Diesen Friedensschluss so rasch als möglich herbeizuführen ist Aufgabe einer wirklich denkenden Vertretung unseres Reiches. Wenn da in Brest Worte fallen, in welchen die ganze Übernehmung der Soldateska spricht, müssen wir dagegen entschieden und schärfsten Protest einlegen, denn in einem solchen Momente darf man nicht vergessen, was alles für uns auf dem Spiele steht. Die Bevölkerung ist bei uns ausgespart um ihren Willen in irgend einer Weise kundzutun und so müssen wir neuerlich darauf hinweisen, dass die proletarische Bevölkerung, unter die auch auch den Mittelstand rechne, unter der Last des Krieges zusammenbricht. Wir nehmen zwar die Resolution an, müssen aber offenen Herzens sagen, sie entspricht uns nicht, denn sie ist uns zu zahm, aber wir begnügen uns mit ihr, als vielleicht letzte Warnung an die Regierung.

Vizepräsident Herr Hammer übernimmt den Vorsitz

GR. Hohensinner: Ich werde mit Versprechungen gemästet, so rief Hamlet aus. Geht es uns vielleicht besser? Werden nicht auch wir von der Regierung mit Zusicherungen und Versprechungen gemästet? Hamlet rief aber weiter, dass etwas faul sein müsse im Staate Dänemark. Ist vielleicht bei uns auch etwas faul? Jawohl, denn unsere ganze Ernährungspolitik und Ernährungsplan war verfehlt. Wer würde es in Oesterreich wagen, gegen die Grossagrarien aufzutreten, die kleinen Bauern haben ja selber nichts, oder gegen die Ungarn ein scharfes Wort zu sagen. Im Schneesturm der Karpathen waren wir ihre Bundesgenossen, jetzt im Hinterlande sind wir es nicht. Es fallen auch schon sehr harte Worte gegen unsere deutschen Bundesbrüder, ich will aber heute davon nicht weiter sprechen. Der Redner wiederholt schliesslich seinen Vorschlag aus dem Stadtrate, dass eine Abordnung der Gemeinde Wien sich zum Kaiser begeben solle, um dem Monarchen über die Verhältnisse volle Klarheit zu geben.

GR. Kunschak: Die heutige Sitzung wird wohl als eine der denkwürdigsten in der Geschichte dieser Stadt bezeichnet werden dürfen, weil über eine Angelegenheit beraten wird, wie sie erstor kaum mehr gedacht werden kann. Die Vertreter der verbündeten Mächte sitzen mit den Vertretern der russischen Regierung zusammen, um über den Abschluss eines Separatfriedens zu verhandeln, eine Tatsache, die überall hellen Jubel innige Freude und festeste Zuversicht wachgerufen hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Verhandlungen über den Separatfrieden sich nicht so einfach vollziehen, wie eine häusliche Angelegenheit, sondern dass jede Partei sorgfältigst ihre und des Gegners Position abwägt. Es kommt da gewiss nicht auf die Geschicklichkeit zu verhandeln an, sondern auch darauf, welches Ansehen jede Partei zu den Verhandlungen mitbringt, welche Folie den Unterhändlern das Hinterland bietet. Man möchte nun glauben, dass ganz selbstverständlich in einem solchen Augenblicke die verantwortlichen Faktoren alles aufbieten, um die Situation ihrer Vertreter mit allen Mitteln zu stärken. Man verlangt von der Bevölkerung und zwar mit Recht, dass sie sich stark zeige und je grösser das Selbstvertrauen der Bevölkerung in diesen Tagen ist, umso gewichtiger wird das Wort ihrer Vertreter dort oben in die Waagschale fallen. Man kann aber von der Bevölkerung keine Wunder verlangen, sondern nur so viel, was sie faktisch zu leisten imstande ist und so gesellt sich zur Forderung der Staatlenke an die Bevölkerung ganz von selbst die Forderung der Bevölkerung an diese, die Möglichkeit zur starken Selbstbewussten Pose auch zu geben, denn der Wille in der Bevölkerung hierzu fehlt nicht, und hat während der ganzen Kriegsjahre nicht gefehlt.

Die Bevölkerung hat an Heroismus an Selbstverleugnung, an all dem, was wir mit dem Worte Patriotismus bezeichnen ganz bewundernswertes geleistet; dagegen habe es die Regierung an staatsmännischer Voraussicht stark fehlen lassen. Schon im ersten Kriegsjahre wussten wir, dass unsere Feinde nicht auf die Entscheidung durch die Waffen rechneten, sondern auf die Wirkungen des Hungers. Ebenso wie in der Getreide-Versorgung wurde auch in der Kartoffelversorgung arg gesündigt. Es ist zu bedauern, dass ein Teil der Wiener Presse die Sache so darstellt, als ob die Kürzung der Mehlquote eine Wiener Angelegenheit wäre. Die Kürzung ist an anderen Orten schon früher erfolgt und wird jetzt in ganz Oesterreich durchgeführt. Es ist also ein Zeichen von Gedankenlosigkeit, von Blödsinnigkeit, vorzuschlagen, dass der Wiener Gemeinderat seine Mandate niederlegen soll. Die Frage ist: Ist der je zige Zustand eine unabwendbare Kriegsfolge oder ist er mit der Kriegelage nur lose zusammenhängend und selbst verschuldet. Die Antwort lautet: Selbstverschuldet. Der Ertrag unserer Ernte mit den Zufuhren aus Rumänien - unter Berücksichtigung dass das ganze Heer von Ungarn versorgt wird -

reicht aus, um mit der durch die Brot- und Mehlkarte festgesetzten Ration bis zur neuen Ernte durchzukommen, vorausgesetzt, dass die Ernte ganz erfasst wird und dass mit ihren Produkten nicht Betrug und Wucher getrieben wird (Lebhafter Beifall). Während Böhmen voriges Jahr seine Bevölkerung selbst versorgte und noch einen ziemlich Ueberschuss an die anderen Kronländer abführte, hungert heute ein Teil der Einwohner Böhmens infolge der passiven Resistenz der tschechischen Landwirte. Wenn man in die Zahl der tschechischen Politiker hineingreift so kann man jeden einzelnen als bewussten Hochverräter erklären. (Lebhafter Beifall). Man musste versehen, um die passive Resistenz zu brechen. Man brachte aber nicht den Mut auf. Aber auch die Verhältnisse in Galizien spielen eine nicht unbedeutende Rolle. Grosse Mengen von Mehl gingen in 5 Kilo Paketen nach Deutschland es war dies nur möglich, weil dort die Getreideaufbringung vollständig versagte und grosse Mengen von Getreide der öffentlichen Ablieferung entzogen wurden. Aber nicht die galizischen Bauern sind die Schuldtragenden, denn ihnen hört das Getreide nicht, sondern den Schlechtzizen oder den jüdischen Schnapsschenker. Die jüdischen Spekulant haben das Mehl der Allgemeinheit entzogen. Dass die Behörden nicht eingeschritten sind die Hinterziehung unerhörter Mengen von Lebensmitteln zu verhindern, ist die schwerste Anklage gegen sie erhoben worden ist. Die Ereignisse, die sich heute in Wien abspielten, und

die eine Folge dieser Erscheinungen sind, dürfen nicht den Rücktritt des Gemeinderates zur Folge haben, der mit seinen schwachen Kräften sich stets restlos für die Interessen der Bevölkerung eingesetzt hat, sondern den Rücktritt der Regierung, die schwer belastet ist, mit dem was sie bereits verschuldet und mit dem was in den kommenden Tagen sich ereignen kann. Die Wiener Bevölkerung ist des Ernstes der Zeit der Verantwortung ihrer Verpflichtung gegenüber dem Vaterlande sich voll bewusst. Es gibt 2 Auswege. Es muss im letzten Moment alle Lebensmittel straff erfasst werden, es muss eine Beschlagnahme der Lebensmittel aller Haushalte erfolgen. Es ist zweifellos, dass viele Haushalte weit über den Bedarf eingedeckt sind.

Ich möchte ruhig erklären, eine Umstellung der Leopoldstadt mit einem ehernen militärischen Kordon und systematische Durchsuchung von Haus zu Haus würde unerhörte Lebensmittel an den Tag bringen. Eine sofortige Internierung der Flüchtlinge würde uns gleichfalls in den Besitz grosser Lebensmittelvorräte bringen. Weiters muss ein ernstes Wort Ungarn und ein ebenso ernstes Wort mit Deutschland gesprochen werden. Ich verkenne nicht, dass Deutschland auch nichts Übriges hat, es wird aber doch in der Lage sein, Vorräte abzugeben, Ungarn aber wird dies umso leichter tun können, wenn es sich entschliesst, seine Mehl- und Brotquote auf unsere Quote herabzusetzen. Diese Dinge müssen durchgesetzt werden, sonst führen sie zu einer solcher Vergiftung der Verhältnisse in Oesterreich, die uns mehr schaden können werden als eine verlorene Schlacht. Ich will mich weiter äussern gegen die Bestrebungen, die jetzt aus Deutschland zu uns herüber getragen werden. Ich erkläre offen, Deutschland wird der Sache des Friedens und seiner eigenen Sache einen grösseren Dienst erweisen, wenn es Mehl und Brot herüber schickt und sich seine kriegsheftzerischen Pastoren drüben behält.

Was die Kundgebung anbelangt, so glaube ich, dass der Gemeinderat damit entgegen dem bewusst verlogenen verleumderischen Bemühungen in einzelnen Zeitungen von sich behaupten kann, dass er seine Verpflichtungen restlos erfüllt hat und dass die Kundgebung von heute nicht ein Aufschrei ist in letzter Minute, sondern nur die Niederschreibung der Schlussumme unter eine Bilanz, die für den Wiener Gemeinderat ein glänzendes Aktivum, für die Regierung aber eine erschreckende Passivpost ergibt.

Nach einem Schlussworte des Referenten, in welchem er sich in ebenso scharfer Weise gegen eine heutige Meldung eines Spitzendiplomaten (Wiener Allgemeine Zeitung) über die gestrigen Sitzungen als un wahr ausspricht, und nach tatsächlichen Berichtigungen des GR. Dr. Hein werden die Referenten einstimmig durch Erheben von den Sitzen angenommen.  
Nach Erledigung einiger Geschäftsstücke wurde die Sitzung geschlossen



Als erster Referent ergreift StR. Spalowsky das Wort, um über die Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die vom k.k. Amt für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlquote zu berichten und führt aus: Nach dem der Krieg bereits mehr als 4 Jahre gedauert, hat sich in unserer Bevölkerung die Hoffnung festgesetzt, dass es nun zum Frieden kommen werde. Mitten in diese Hoffnung hinein kommt nun eine Botschaft, die eine wahrhaft ausserordentlich kritische Situation ankündigt und uns zeigt, dass unsere Ernährungsverhältnisse so kritisch geworden sind, wie sie es bisher niemals waren. Das Amt für Volksernährung hat zuerst Transportschwierigkeiten für die Kürzung der Mehlquote verantwortlich gemacht, in Wirklichkeit war aber dies nur ein Vorwand, denn wir leiden tatsächlich Mangel. Angesichts dieser Situation sind wir zur Feststellung gezwungen, dass das Leben der Bevölkerung angesichts dieser verringerten Ration einfach unmöglich gemacht ist. Dabei waren die bisherigen Ernährungsverhältnisse schon ziemlich unerträglich, aber man hat wenigstens der Bevölkerung noch verschiedene Ersatzstoffe als Zubussen geben können. Jetzt fällt aber auch das weg und zu allem kommt, dass die Fleischpreise wesentlich gegen das Vorjahr gestiegen sind, so dass für breite Schichten der Bevölkerung der Fleischgenuss jetzt überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Ausserdem haben wir im Vorjahre noch die volle Fettration erhalten, während wir jetzt seit Monaten nur mehr die Hälfte und von dieser Hälfte, die Hälfte wiederum nur in Ersatzstoffen bekommen. Ebenso schlecht ist die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Zucker und angesichts aller dieser Umstände muss man zur Meinung kommen, dass den Herren vom Ernährungsamt der Massstab für die Bedürfnisse der Bevölkerung vollständig fehlt.

Der Redner verweist auf die grossen Unterschiede in den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Lebensmittelmengen vor dem Kriege und im Jahre 1917 und erklärt, die Tatsache, dass der Fleischgenuss heute nahezu überhaupt ausgeschaltet sei und dass alle übrigen Nahrungsmittel um 40 bis 50% eingeschränkt seien, unsere Ernährungslage als trostlos erscheinen lassen. Man versuche die Kürzung als berechtigt hinzustellen und verweist darauf, dass wir jene Menge erhalten, wie sie in Deutschland schon seit langem in Geltung sei. Dieser Hinweis ist aber nicht zutreffend, sagt Redner, weil Deutschland seiner Bevölkerung pro Kopf 7 Pfund Kartoffel wöchentlich ~~xxx~~ ausfolgt. Die Kürzung der Mehlquote ist deshalb nicht nur unerträglich, sondern die Regierung überantwortet die Bevölkerung letzten Endes dem Hunger, die Bevölkerung, die so viele Opfer gebracht hat. Dabei hat die Regierung die Bevölkerung durch die verschiedensten Verlautbarungen, die sich heute als unwahr herausstellen, fortwährend zu beruhigen getrachtet. Im Dezember hat man gesagt, dass die Lebensmittelversorgung bis zur nächsten Ernte gesichert sei (lebhaftes Zwischenrufe). Das ist eine Taktik, die einer Regierung unter gar keinen Umständen würdig ist. Es hat dies aber auch zur Folge, dass die Bevölkerung derartigen Verlautbarungen überhaupt keinen Glauben mehr schenkt. Dabei sucht man immer wieder der Gemeinde die Schuld in die Schuhe zu schieben und es wird eine förmliche Hetze gegen das Rathaus betrieben.

Redner schildert die Massnahmen der Gemeindeverwaltung in der Lebensmittelfrage insbesondere in der Brot- und Mehlbeschaffung und wendet sich gegen die Vorwürfe gegen die Gemeinde in einem Teile der Wiener Presse, die vielfach behauptet, dass die Gemeinde mit ihren

Massnahmen zu spät gekommen sei. Die Gemeinde wie auch der Bürgermeister haben kein Mittel unversucht gelassen, die Regierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und unausgesetzt sei auf die Regierung eingewirkt worden. Wenn diese Forderungen nicht immer ganz und voll berücksichtigt wurden, so sei dies vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass es diese Presse nicht unter ihrer Würde gefunden habe, aus parteipolitischen Gründen fortwährend gegen den Bürgermeister und die Gemeinde zu hetzen. Wenn diese Gattung Presse in ihrem Kampfe nicht aufhöre, dann werde man zu anderen Mitteln greifen. Wir haben keine Ursache, uns bei Ausübung unseres verantwortungsvollen Amtes uns fortwährend von Prädestrolchen angreifen zu lassen. Diese Presse möge sich hüten, dass nicht ein neuer Schönerer auftritt ein neuer Schönerer, der seine Sache vielleicht etwas entschiedener und gründlicher macht.

Aus den geschilderten Massnahmen der Gemeinde geht für jeden objektiv denkenden Menschen klar hervor, dass von Seite der Gemeinde alles unternommen wurde, um rechtzeitig auf die Bedrohlichkeit der Situation aufmerksam zu machen. Trotzdem versagt jetzt auch die Versorgung mit Mehl und Getreide vollständig und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist die letzte Kontrolle, welche vor aller Öffentlichkeit den Beweis für ihre Unfähigkeit erbracht hat. Wir können nur feststellen, dass die Gemeinde ein Verbrechen nicht trifft und ich will die Regierung aufmerksam machen, dass sich der Bevölkerung bereits eine tiefgehende Erregung bemächtigt hat, die nicht gemacht und sehr wohl zu begründen ist. Wir erheben Protest gegen diese Verfügung der Regierung weil es uns daran zu tun ist, auch weiterhin in Ruhe leben zu können und wollen schon gar nicht zusehen, dass eine Regierung durch ihre Taktik es zu Wege bringt, dass unser Vaterland direkt der Revolution zugeführt wird. Wir erheben heute zum letzten Male unser Stimme denn wir haben später keine Ursache mehr, uns irgend einer Verantwortlichkeit zu unterziehen. Darum bitten wir sie als letzten Apell an die Regierung die folgende Resolution zum Beschlusse zu erheben und beantrage über Wunsch mehrerer Herrn im 2. Absatze die Einfügung zu machen, dass die Gemeinde hinsichtlich des laufenden Versorgungsjahres 1917/18 schon seit Mitte August 1917 auf die kommenden Dinge hingewiesen habe.

Die Resolution liegt bei.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

GR. Dr. Hein: Die Ausdrücke, wie „jüdische Schandadresse“, „Presstrolche“, sind unter allen Umständen ordnungswidrig und unparlamentarisch, insbesondere, wenn sie vom Referententisch aus erfolgen. Sie hätten vom Vorsitzen als ungehörig zurückgewiesen werden sollen. Auch die Drohung mit dem Hausfriedensbruch sei ungehörig. Redner sei immer ein Feind von Pauschalgriffen gewesen; wenn in einzelnen Fällen unrichtige Angriffe erfolgen, sollen sie widerlegt werden. Wir haben in Wort und Schrift seit längerem den Standpunkt vertreten, dass die Wiener Bevölkerung eine dauernde Verkürzung der Mehlquote nicht ertragen könne. Die Kürzung der Quote sei ein Bankrott der Ernährungspolitik. Es war sehr bequem zuerst die rumänische Ernte heranzunehmen, dann erst ist man zu dem unangenehmen Geschäft der Requirierung geschritten. Die Ungerechtigkeit bezüglich der Selbstversorger komme immer deutlicher zum Ausdruck, denn diese, welche

in Oesterreich fast 10 Millionen Menschen umfassen, haben eine ungleich grössere Quote als die städtische Bevölkerung, ausserdem noch ist ihnen der volle Anteil bis zum Ende des Erntejahres gesichert. Es müsste aber auch verlangt werden, dass dem Oesterreichischen Staate ein grösseres Kontingent aus der rumänischen Ernte und auch aus der italienischen Beute eingeräumt werde.

Da die ganze Hoffnung der Entente auf die Aushungerungspläne gerichtet ist, so muss endlich neben der militärischen Einheitsfront auch eine wirtschaftliche Einheitsfront unter den Mittelmächten hergestellt werden. Die Ereignisse, die sich heute vollzogen haben, sind ein Fingerzeig, dass es im Interesse des gemeinsamen Kampfes unumgänglich notwendig ist, dass alles geschieht, um die Bevölkerung Oesterreich und Wiens entsprechend zu versorgen. Es kommt vor, dass Kriege auch im Hinterlande verloren werden.

Wir haben allen Grund den Frieden herbeizusehen, einen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit, auf derjenigen Grundlage, wie sie die Mehrheit des deutschen Reichstags proklamiert hat und wie er auch im Wiener Gemeinderate oft besprochen worden ist. Die Bevölkerung leidet für eine gemeinsame Verteidigung, aber es ist fraglich, ob sie diese Leiden auf sich nehmen will für etwaige uferlose Anxionsideen. Wir alle wünschen einen ehrenvollen Frieden, der den heimatlichen Herd bewahrt und die heutigen Ereignisse glaube ich sollten die Herbeiführung eines solchen Friedens fördern. Wir wissen ja, dass unser Monarch wiederholt seinen Friedenswillen bekundet hat und wir glauben, dass es im Sinne aller gelegen ist, aber namentlich im Sinne der leidenden Bevölkerung, wenn diejenigen Verhandlungen, welche heute geführt werden, zu einem günstigen Ergebnis kommen und der Friede zustande gebracht wird, nach den Grundsätzen der gegenseitigen Rücksichtung und der gegenseitigen Gerechtigkeit. In diesem Sinne werden wir auch für die Resolution stimmen und denjenigen Anträgen unsere Zustimmung geben, durch die das bisherige System der Ernährungspolitik der Regierung auf das Schärfste verurteilt wird.

GR. Reumann verweist darauf, dass es in der Bevölkerung am meisten empörend gewirkt habe, wenn in Zeiten, in welchen eine furchtbare Notlage durch die Kriegsverhältnisse über die Bevölkerung hereingebrochen ist, absichtlich oder unabsichtlich die Wahrheit nicht gesagt wurde und der Bevölkerung die wirkliche Gefahr verschwiegen wurde. Es hat sozusagen den letzten Blutstropfen aufgepeitscht, dass Berichte in der letzten Zeit hinausgegangen sind, die eine blanke Lüge gewesen waren und dass man die Bevölkerung mit Hoffnungen erfüllt hat, von denen man im vornhinein wissen musste, dass sie nicht erfüllt werden konnten. Die Wahrheit ist von Seite der Staatsanwaltschaft konfisziert worden und die Lüge wurde toleriert. So behandelt man eine Bevölkerung nicht, welche in diesem furchtbaren Kriege so ungemein schwere Opfer gebracht hat. Zumindestens kann die Bevölkerung verlangen, dass sie die Wahrheit erfahre. Es sind auch Fehler über Fehler gemacht worden, die unsere Lage immer mehr verschlechtert haben. Wir haben schon zu Beginn des Krieges gewusst, dass wir in Bezug auf die Bedeckung unseres Bedarfes an Getreide vollständig der ungarischen Regierung ausgeliefert sind, einer starken Regierung und trotzdem haben wir geglaubt, dass wir uns in der Zeit einer furchtbaren Krise mit einer schwachen Regierung begnügen können, ob sie jetzt Stürgkh oder Seidler heisst. Wir sind in Oesterreich mit dem Unglück geschlagen, dass wir keine energischen Staatsmänner finden, wir sind mit dem Unglück geschlagen, dass in diesem Kriege eines übersehen worden ist: dass nicht nur allein die Gewalt der Waffen, nicht nur der Militarismus den Krieg entscheiden kann, sondern dass auch die Bevölkerung im Hinterlande über Sieg und Niederlage entscheidet.



am 16. Jänner 1918.

## T A G E S O R D N U N G.

## I. Nachtrag.

Erledigt im Stadtrate	Referent Herr Gemeinde- rat	Zahl	Post Nr	G e g e n s t a n d
15. I. 1918	SPALOWSKY	518	15	<p>Resolution der Gemeinde Wien gegen die vom k.k. Amte für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlmquote. (Antrag. Die nachstehende Resolution wird genehmigt:</p> <p>Der Wiener Gemeinderat protestiert gegen die vom k.k. Amte für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlmquote, welche mit den herrschenden Verhältnissen begründet wird.</p> <p>Die Gemeindeverwaltung stellt bei diesem Anlasse fest, daß sie rechtzeitig, wiederholt und mit allem Nachdrucke auf die Ursachen der jetzt eingetretenen Mehlmknappheit hingewiesen hat, daß sie auch zweckdienliche Maßnahmen zur Hintanhaltung dieser geradezu beklagenswerten Entwicklung, die noch dazu mit den tatsächlichen Vorratsstände in der Gesamtmonarchie nicht im Einklange steht, im Vorschlag gebracht hat, welche Maßnahmen bei den berufenen Organen in keiner Hinsicht Berücksichtigung gefunden haben.</p> <p>Angesichts der straffen zentralen Bewirtschaftung des Getreides und Mehles und der vollständigen Abhängigkeit des großen Konsumzentrums Wien von den jeweiligen Zuweisungen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt konnte die Gemeinde Wien im eigenen Wirkungskreise Vorkehrungen zur Abhilfe nicht treffen.</p> <p>Die Gemeinde Wien muß die Forderungen erneuern, daß noch jetzt in letzter Stunde die zur Erfassung der inländischen Getreidevorräte geeigneten Zwangsmaßnahmen unverweilt getroffen werden, daß der Schleichhandel in Mehl und Getreide und die ihm begünstigende Lohnmüllerei sofort abgeschafft, daß weiters die Importe aus Rumänien eventuell auf dem Landwege realisiert werden und schließlich Ungarn mit allen Mitteln zur Getreidebeziehungsweise Mehlanlieferung an Oesterreich verhalten werde.</p> <p>Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die Kürzung der Mehlmquote - falls sie unvermeidlich ist - auch bei den Selbstversorgern zur Anwendung gebracht und daß für die Bevölkerung der Gesamtmonarchie einheitlich die gleiche Kopfquote an Brot und Mehl festgesetzt werde.</p>

Die Regierung wird schließlich aufgefordert, zur Deckung des Entfalles an Verschleißmehl, Ersatzmittel wie Rollgerste, Teigwaren, Hirse eventuell Sauerkraut und Dörrgemüse zur Verfügung zu stellen.

I/hv